

CDU-Fraktion

im Rat der Stadt Ibbenbüren

Stellungnahme zum Haushaltsentwurf für das Jahr 2022

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Schrameyer,
sehr geehrter Herr Kämmerer Burlage,
liebe Ratskolleginnen und -kollegen
sehr geehrte Damen und Herren!

Entgegen unserer Hoffnung, wird auch der Beginn des Jahres 2022 geprägt durch die andauernde Corona-Pandemie mit Hygienepflichten, Abstandsregeln, Kontaktreduzierungen, Sorgen um die Gesundheit.

Das unbeschwerte gesellschaftliche Miteinander bei Sport- und Kulturveranstaltungen, sowie im täglichen Miteinander fehlt – denke ich – uns allen. Dabei ist das gesellschaftliche Miteinander so wichtig für jeden Einzelnen und auch für den Zusammenhalt unserer Stadt.

Vor diesem Hintergrund sind Aktionen von Impfgegnern nur schwer zu ertragen.

Diesen Personen (Impfgegner, Verschwörungstheoretiker ...) möchte ich es mit den Worten Immanuel Kants sagen: „Die persönliche Freiheit des Einzelnen endet dort, wo die Freiheit des Anderen beginnt.“

Am Tag heute bleibt aber leider nur festzuhalten: Corona ist noch lange nicht überwunden. Deutlich auch daran zu erkennen, dass wir Fraktionsvorsitzenden unsere Haushaltsreden leider wieder nicht in der Ratssitzung halten können.

Der Haushaltsentwurf unserer Stadt besteht, wie sollte es anders sein, aus hunderten von Seiten mit Zahlen, Fakten, Tabellen und Diagrammen.

Zwischen diesen Angaben kann man die Hoffnungen, Ideen und Visionen für unser Kommune herauslesen, genauso wie die Verpflichtungen und den sich hieraus ergebenden finanziellen Zwängen, in denen unsere Stadt steckt.

Der Rat der Stadt hat in den vergangenen Jahren viele große Projekte auf den Weg gebracht. Daraus ergibt sich ein geplantes Investitionsprogramm von insgesamt 37 Mio. €! Ohne Nutzung der vielen Förderprogramme, gerade auch der Landesregierung, wäre dieses Investitionsprogramm nicht denkbar. Dieses

Investitionsprogramm wird die entsprechenden Fachdienste / Abteilungen in diesem und in den nächsten Jahren stark beschäftigen.

Viele dieser Investitions-Projekte unterstützt die CDU, sie tragen auch die Handschrift der CDU-Fraktion:

- Die Planungen für die Neugestaltung des Ibbenbürener Bahnhofs schreitet voran. Wie von der CDU vorgeschlagen, gibt es einen Wettbewerb um das beste Konzept, der im Sommer entschieden wird.
- Die Sanierung des Rathauses hat begonnen und entgegen der ersten Planung der Verwaltung wird das Standesamt aus der hinteren Ecke geholt und bekommt einen repräsentativen, würdigen Platz im ehem. Haus Taschner.
- Die Planung für die Brücke über die Bahn bei den Nordstadtarkaden wird nochmals verändert, da der erste Entwurf wie von uns bemängelt nicht regelkonform und damit nicht förderfähig war.
- Viele städtische Gebäude erhalten in den nächsten Jahren PV-Anlagen. Entgegen mancher Ideen von begrünten Buswartehäuschen, wird hiermit in großem Maßstab die Klimaneutralität vorangebracht.
- Zahlreiche Straßen werden ausgebaut, Kanäle erneuert und nach Laggenbeck erhält auch Püsselbüren (Esch) eine moderne Mobilstation.

Erhebliche Mittel fließen auch in den Ausbau unserer Schulen.

- Die Gelder des Digitalpakts Schule sind da, initiiert von unserer ehemaligen Bildungsministerin Anja Karliczek.
- Die Johannes Bosco-Schule wird erweitert.

Die Planungen für den Neubau des Aaseebads beginnen. Eine schnellere Bearbeitung des Projektes wäre wirtschaftlich sinnvoll gewesen, jedoch ist die CDU-Fraktion froh, dass die Verwaltung und die SPD-Fraktion eingesehen haben, dass ein Neubau die wirtschaftlichste Variante ist.

Neben den Projekten, mit denen wir grundsätzlich übereinstimmen gibt es jedoch einige, denen wir gar nicht oder nicht vollumfänglich zustimmen können:

- Das Zwiespältige davon ist das Mobilitätskonzept. Es wurde von der CDU-Fraktion beantragt, ohne unsere Zustimmung verabschiedet und wird nun nach und nach umgesetzt werden. Das wir das in vielen Teilen überzeugende Konzept ablehnen mussten, ist dem fehlenden Entgegenkommen der anderen Ratsparteien geschuldet. Eine getrennte Abstimmung der für uns nicht tragbaren Einzelpunkte wäre einfach, für alle gesichtswahrend, möglich gewesen.

Unseren Leitsatz „Alle Verkehrsteilnehmer sollen gleichberechtigt behandelt werden“ wurde im Mobilitätskonzept leider nicht berücksichtigt. Ibbenbüren ist eine Flächengemeinde und viele Bürgerinnen und Bürger sind auf ein Auto angewiesen. Die CDU-Fraktion möchte zuerst die notwendige Infrastruktur (ÖPNV, Radwege, etc) schaffen, damit der Verkehrsteilnehmer freiwillig vom Auto auf eine Alternative wechselt. Eine Absperrung der gesamten Innenstadt für den Individualverkehr oder die Aufhebung von Parkplätzen, um den Bürger zur Nutzung alternativer Verkehrsmittel zu zwingen, lehnen wir ab.

- Die dauerhafte Etablierung eines Rathaus II an der Wilhelmstraße ist für die CDU-Fraktion nach wie vor eine Fehlentscheidung, die weiterhin statt revidiert zementiert wird. Das Rathaus bzw. die Fachdienste und Abteilungen mit Bürgerkontakten gehören komplett in die zentrale Innenstadt. Hier sind diese für alle Bürger mit öffentlichen Verkehrsmitteln leicht erreichbar und die Mitarbeiter sorgen auch für die Belebung der Innenstadt.

Welches privatwirtschaftliche Unternehmen würde heute seinen Firmensitz auf verschiedene Standorte aufsplitten? Das macht trotz Digitalisierung keinen Sinn.

Das Gebäude – ursprünglich gekauft für die Aufnahme von Flüchtlingen – verschlingt zudem Millionen Euro. Nach der grundsätzlichen Herrichtung und einigen weiteren Investitionen, sind jetzt im Haushalt schon wieder 1,7 Mio. € für Sanierungsmaßnahmen veranschlagt. Der Trost, dass zum großen Teil eine Refinanzierung durch Fördermittel erfolgt, ist gering, da diese schließlich auch ihrerseits aus Steuermitteln refinanziert sind.

- Dass unsere Schüler leider nicht mit den klassischen Microsoft Office Client-Anwendungen arbeiten dürfen ist für die CDU-Fraktion unverständlich. Man mag es bedauern, aber Microsoft-Office ist das Standardprogramm in Wirtschaft und Verwaltung. Dass unsere Schüler mit diesen Programmen unterrichtet werden, sollte eine logische Konsequenz

sein. Ein Antrag unserer Fraktion wurde jedoch abgelehnt. Die CDU-Fraktion wird das Thema aber weiter im Fokus haben.

- Der von der Ratsmehrheit erneut, trotz in der Tendenz rückläufiger Schülerzahlen, bestätigte Standort für das neu zu bauende Hauptschulgebäude ist für die CDU-Fraktion nach wie vor der Falsche. Ein Fehler, der sich nachhaltiger auf die Schullandschaft in Ibbenbüren auswirken wird, als sich das mancher zurzeit denken dürfte. Die CDU vermutet dahinter den Wunsch ein einziges zentrales Schulzentrum in Ibbenbüren zu schaffen und alle anderen Standorte langfristig aufzugeben.

Die CDU-Fraktion spricht sich nachdrücklich für dezentrale überschaubare Schulstandorte aus: Im Westen mit einer Hauptschule und einer Realschule, am Bahnhof mit dem Goethe-Gymnasium und den Kreisschulen und im Osten mit dem Kepler-Gymnasium und der Gesamtschule.

Nebenbei akzeptierte die Ratsmehrheit mit ihrer Standortwahl auch die Rodung zahlreicher alter Bäume, die Aufgabe des Freizeitgebiets am Hof Bögel und die sich mit dem Bus- und Elternverkehr für dann drei Schulen an einem Ort ergebenden Verkehrsprobleme.

Wir, die Ratsmitglieder und Sie werden jedoch nicht nur an Großprojekten gemessen, sondern auch an dem was den Bürgerinnen und Bürgern im täglichen Leben wichtig ist, den sogenannten kleinen Dingen.

Während viele Großprojekte angeschoben werden, gelingt es der von der Stadtverwaltung beauftragten Ibbenbürener Bau- und Servicebetrieb nicht für saubere Grünanlagen zu sorgen.

Auch die Bürgerinnen und Bürger sind durch städtischen Baumbestand belastet. Unseren Vorschlag Laubkörbe in Siedlungen aufzustellen, damit stark betroffene Bürger das Laub von städtischen Bäumen nicht mit dem Auto wegbringen müssen, scheint irgendwo in der Verwaltung versickert zu sein.

Kommen wir zum Schluss zum größten Problem des vorliegenden Haushaltentwurfs.

Bei allen Unterschieden in der politischen und sozialen Ziel- und Schwerpunktsetzung bei den einzelnen Projekten sollte folgender Grundsatz eigentlich Konsens unter den Ratsmitgliedern sein:

Die Ausgaben, hier speziell die isolierten Coronahilfen, die unsere Generation zu verantworten hat, sollte unsere Generation auch zurückzahlen!

Die geplanten Bilanzierungshilfen belaufen sich in diesem Jahr auf 2,7 Mio. €.

Sie sollten isoliert betrachtet werden und somit im Haushalt als nicht ergebnismindernd bzw. defizitvergrößernd berücksichtigt werden.

2024 können wir entscheiden, ob wir sie einmalig im städtischen Haushalt aufnehmen oder 50 Jahre lang gesondert abbezahlen.

Zu diesen unsichtbaren 2,7 Mio. € kommt das Defizit des vorliegenden Haushaltsentwurfs von 7,5 Mio. € hinzu! Dies darf nicht aus unserem Blick geraten.

Wollen wir wirklich wieder oder weiterhin auf Kosten der nachfolgenden Generation leben?

Der Haushaltsentwurf enthält unserer Ansicht nach keine Ideen dahingehend, wo Kosten eingespart werden können, kein formuliertes Ziel wie die Schulden zurückgeführt werden können, kein gemeinsames Ziel die Coronakosten nicht auf die zukünftige Generation abzuwälzen.

Noch drohen wir nicht in die Haushaltssicherung abzurutschen, abwarten ist hier jedoch keine gangbare Option. Wir haben ein strukturelles Problem und leben von der Substanz. Ein ausgeglichener Haushalt wird auf absehbare Zeit nur durch Inanspruchnahme der Rücklage möglich sein.

Hier hat die CDU-Fraktion fest mit einem strategischen Ansatz im Haushalt gerechnet und wurde enttäuscht.

Die einzige Reaktion der Verwaltung ist das Klagelied auf ausbleibende Schlüsselzuweisungen. Da wird mit dem Finger auf Düsseldorf gezeigt und von der SPD-Fraktion und dem Bürgermeister geflissentlich übersehen, dass die Umsetzung der ursprünglichen Forderungen der eigenen SPD-Landtagsfraktion noch desaströser für Ibbenbüren und den ländlichen Raum ausgesehen hätten.

Auch die Entwicklung der geradezu explodierenden Energiekosten, die dramatischen Preissteigerungen für Bau- und Materialkosten wurden wie in der Privatwirtschaft üblich durch die Berücksichtigung von ‚Puffern‘, scheinbar nicht berücksichtigt. Angesichts unserer investiven Projekte ist dies ein nicht zu unterschätzendes Kostenrisiko.

Wir leben gerade über unsere Verhältnisse und haben zu viele unvollendete Baustellen. Wir sind übrigens nicht nur finanziell, sondern auch personell am Limit. Die Personalsituation wird immer schwieriger. Planstellen können nicht bzw. nicht zeitnah neu bzw. nachbesetzt werden, da der Fachkräftemangel auch die Kommunen erreicht hat. Die Erhöhung der angebotenen Ausbildungsstellen ist hier ein erster Anfang.

Fazit:

Viele Investitionen sind mit unseren Stimmen beschlossen worden, das sind wichtige und richtige Projekte und zu unserem Wort stehen wir!

Aber die CDU-Fraktion würde deutlich andere Akzente setzen. Insbesondere bei der Standortwahl der neuen Hauptschule, dem Technischen Rathaus und der Priorisierung / Reihenfolge der Maßnahmen aus dem Mobilitätskonzept.

Ein in die Zukunft gerichtetes Verkehrskonzept, das sowohl die städtische als auch die ländliche Struktur von Ibbenbüren mit allen Ortsteilen berücksichtigt, sollte auch alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt nebeneinanderstellen.

Alles zusammengenommen kann ich für die gesamte CDU-Fraktion erklären, dass wir dem Etatentwurf 2022 nicht zustimmen, wohl aber dem Stellenplan 2022.

Mit der Ablehnung dieses Etatentwurfes stellt sich die CDU-Fraktion nicht gegen die dringend benötigten Infrastrukturmaßnahmen in Ibbenbüren.

Zu guter Letzt geht mein Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt und Ihrer Eigenbetriebe, sowie darüber hinaus bei den Ehrenamtlichen, die trotz der derzeitigen Pandemie im abgelaufenen Jahr weiter Ihre Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger geleistet haben.

Bleiben Sie gesund!

Für die CDU-Fraktion Ibbenbüren



Ulrike Sackardt
Fraktionsvorsitzende